

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

Gefahr für Rußland und GUS?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1992) : Gefahr für Rußland und GUS?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 72, Iss. 1, pp. 2-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136834>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

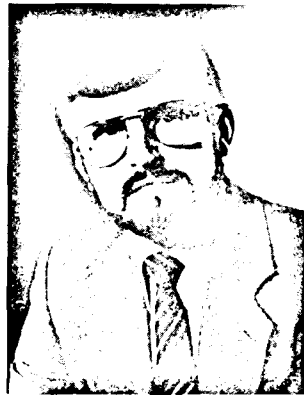
Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Gefahr für Rußland und GUS?



Klaus Bolz

Mit der Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) am 21. Dezember 1991 in Alma-Ata haben die ehemals sozialistischen Sowjetrepubliken das Schicksal der alten Sowjetunion endgültig besiegelt. Der entsprechend dem Geist von Alma-Ata kurz darauf bei einem Treffen in Minsk unternommene Versuch, sich auf eine Koordinierung wichtiger Politikbereiche zu verständigen, ist fehlgeschlagen. Statt von gemeinsamer Politik scheint heute das Verhältnis vor allem zwischen den großen selbständigen Republiken mehr und mehr von erbitterter Rivalität geprägt zu sein.

Dies zeigen nicht nur die Unstimmigkeiten bezüglich der Verfügungsgewalt über die Atomwaffen und bezüglich der Einbeziehung ehemals sowjetischer Armeeteile in nationale Armeen. Insbesondere auch jüngste Entwicklungen im Bereich der Wirtschaft beinhalten die Gefahr, die gerade erst geschaffene „Gemeinschaft“ alsbald wieder zu sprengen. Angesprochen werden sollen hier die durch das aktuelle Vorgehen Rußlands und – als Reaktion darauf – anderer Republiken nicht eben gestiegenen Chancen für erfolgreiche Wirtschaftsreformen und für die (Wieder-) Herstellung intensiver Wirtschaftsbeziehungen. Beides sind übrigens Bedingungen des Westens für zugesagte Hilfeleistungen an die ehemalige Sowjetunion!

Als Antwort auf die tiefgreifende Wirtschaftskrise in Rußland und als Basis für die Überleitung der ehemals sozialistischen Planwirtschaft in eine effiziente Marktwirtschaft hatte Jelzin seit dem Herbst vergangenen Jahres diverse ordnungs- und prozeßpolitische Maßnahmen angekündigt, bei deren radikaler Ausgestaltung die polnische Schocktherapie Pate gestanden haben dürfte. Nachdem noch im November 1991 per Erlaß die Liberalisierung der Außenwirtschaftsbeziehungen eingeleitet worden ist, hat Jelzin zu Beginn dieses Jahres entgegen dem Rat vieler russischer Fachleute und entgegen den Empfehlungen der Ukraine und anderer Republiken per Dekret die Freigabe der Preise verfügt. Unter den gegebenen chaotischen, das heißt weitgehend nicht mehr kontrollier- und steuerbaren Bedingungen ist die Wahrscheinlichkeit recht groß, daß die mit der Preisfreigabe angestrebten Ziele in Rußland verfehlt werden, daß die Preisfreigabe darüber hinaus indirekt aber auch die in einigen anderen Republiken laufenden Reformprozesse stört und schließlich die zur Wohlstandssteigerung notwendige Vertiefung der Austauschbeziehungen zwischen den Republiken zumindest für die nähere Zukunft gefährdet.

Auch wenn das alte System inzwischen weitgehend zerstört ist und große sich der Armutsgrenze nähernde Bevölkerungsteile von der politischen Führung Maßnahmen für einen grundlegenden Wandel erwartet haben, könnte sich mit Blick auf die mangelhaften institutionellen Vorbereitungen die Freigabe der Preise in Rußland als verfrüht erweisen. In der gegenwärtigen Situation gleicht diese Maßnahme einem waghalsigen Experiment, weil dabei nicht eben wenige Hürden zu überwinden sind. Denn wie sollen marktwirtschaftliche Regelmechanismen funktionieren, wenn bis heute noch immer – vor allem angebotsseitig – viele Märkte staatlich monopolisiert sind, die Privatisierung von Staatsunternehmen erst ganz am Anfang steht und es im übrigen an einer staatlichen Wettbewerbspolitik fehlt!

Aber selbst wenn der Prozeß der Entstaatlichung und Privatisierung sowie der Neugründung privater Unternehmen bereits weit vorangeschritten wäre, blieben die von der Preisfreigabe erwarteten Effekte solange unsicher, bis eine ausreichende marktwirtschaftliche Infrastruktur geschaffen wäre. Denn trotz seiner umfangreichen wirtschaftspolitischen Gesetzgebung in den vergangenen zwei Jahren ist Rußland weit davon entfernt, über ein funktionierendes Bankensystem, eine leistungsfähige Arbeitsverwaltung, einen funktionsfähigen Kapitalmarkt, ein wirksames Steuersystem und anderes als Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit einer Marktwirtschaft zu verfügen.

Eigentlich müßten Jelzin und seine Berater aufgrund der bisherigen Erfahrungen in Rußland selbst erkennen, daß die Freigabe bzw. die staatlich vorgenommene Verdoppelung und Verdreifachung der Preise für bestimmte Waren die Regale in den Geschäften nicht quasi automatisch werden füllen können. Eine unregelmäßige Liberalisierung der Preise ist in Rußland nämlich bereits seit längerem an der Tagesordnung, und dennoch haben die hohen Preise auf den freien Märkten und den Schwarzmärkten zu keiner Erweiterung des Angebots geführt, sondern die knapp vorhandenen Waren im wesentlichen nur aus der staatlichen Verteilung heraus auf diese Märkte umgelenkt. Weshalb sollten also Betriebe auf die jetzigen Preissteigerungen bei ansonsten unveränderten Rahmenbedingungen mit einer höheren Produktion reagieren? Es ist vielmehr durchaus denkbar, daß die Betriebe die Produktion sogar senken und dennoch über die höheren Preise ihre Gewinnsituation verbessern werden. In der gegenwärtigen Situation beinhaltet die Preisfreigabe in Verbindung mit der Freigabe der Löhne die Gefahr einer Hyperinflation. Diese Maßnahmen werden nicht zuletzt der Mafia in die Hände spielen, die sich vielerorts nicht scheut, unter Einsetzung von Gewalt jeglichen Wettbewerb auf der Angebotsseite und damit auch Preisbewegungen nach unten zu verhindern.

Da viele Menschen in Rußland inzwischen einsehen, daß es auch für ihr Land keine Alternative zur Marktwirtschaft gibt und daß abermals eine harte Durststrecke durchgestanden werden muß, sind sie von der Preisfreigabe ohne die gleichzeitige Einleitung der notwendigen Schritte zur Schaffung einer marktwirtschaftlichen Infrastruktur und zur radikalen Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse enttäuscht. So vermag kaum jemand mehr an einen Erfolg dieser Politik zu glauben. Sie ist ein gewagtes Experiment mit unsicherem Ausgang. Man fühlt sich als Versuchskaninchen und Opfer. Wenn sich Jelzins Experiment nicht doch noch wie durch ein Wunder als Ausweg aus dem wirtschaftlichen Chaos erweisen sollte, müssen jeden Tag ausge dehnte Aufstände, Meutereien und Plündereien befürchtet werden. Für mehrere der autonomen Gebiete innerhalb der russischen Föderation könnten Unruhen zum Signal dafür werden, nicht nur die ökonomischen, sondern auch die politischen Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen.

Unter dem Druck der Ereignisse haben inzwischen die Ukraine und sechs weitere Republiken der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten die Preise ebenfalls freigegeben, und die mittelasiatischen Republiken werden mit der Preisfreigabe in wenigen Tagen folgen. Auf diese Weise hofft man, sich gegen die Nachfrage der russischen Bevölkerung schützen zu können. Die Folgen dieser Preisanhebungen werden in einzelnen Republiken – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – zu ähnlichen Problemen führen wie in Rußland. Soweit diese Länder dabei waren, ihre Volkswirtschaften in die Marktwirtschaft zu überführen – dies gilt insbesondere für die Ukraine und Kasachstan –, dürfte die vorgezogene Preisfreigabe zu Störungen im Ablauf des Transformationsprozesses führen. Denn keine der Republiken war auf dem Wege zur Marktwirtschaft so weit, daß der Prozeß der institutionellen und rechtlichen Umgestaltung schon als abgeschlossen gelten konnte. Andererseits könnten gewisse Prozesse beschleunigt oder sogar erst ausgelöst worden sein, nämlich die Schaffung einer eigenen Währung. Denn mit dem Ziel, die unerwünschte Nachfrage aus anderen Republiken unschädlich zu machen, sind die Ukraine und einige andere Republiken dabei, umgehend quasi als Ersatzwährung wiederverwendbare Coupons an die Bevölkerung auszugeben.

Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß die radikale Freigabe der Preise in Rußland die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zu zersetzen beginnt, noch bevor diese den in Alma-Ata gesetzten Zielen auch nur einen Schritt nähergekommen ist.